



**Ausschreibung „Konzeption und Durchführung von  
Kommunikationsdienstleistungen (FullService)“**

---

Zwischen

**der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesministerium für Gesundheit  
Friedrichstr.108, 10117 Berlin**

- nachfolgend Auftraggeberin genannt -

**und**

.....  
.....

- nachfolgend Auftragnehmerin genannt -

wird folgender

**VERTRAG**

geschlossen:

## **§ 1**

### **Vertragsbestandteile**

- (1) Es gelten nacheinander als Vertragsbestandteile
- a) dieser Vertrag (Seiten 1 bis ) mit den folgenden Anlagen
- den Vergabeunterlagen der Ausschreibung (Anlagen-Nr. 1),
  - dem Angebot der Auftragnehmerin vom (Anlagen-Nr.2)
  - Verpflichtungserklärung gemäß § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) (Anlagen Nr. 3)
  - Verpflichtung Verantwortlicher (Anlagen Nr. 4)
  - Verpflichtungserklärung Datenschutz (Anlagen Nr. 5)
  - Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlagen Nr. 6)
  - Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (Anlagen Nr. 7)
  - ggf. weitere (Anlagen Nrn. 8 ff.) sowie
- b) soweit im Folgenden nichts Abweichendes vereinbart ist, die
- Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen  
- Teil B, Allgemeine Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)  
und die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen.
- (2) Die allgemeinen Geschäftsbedingungen und sonstige Bedingungen der Auftragnehmerin sind ausgeschlossen.

## **§ 2**

### **Auftragserteilung; Leistungsgegenstand**

- (1) Die Auftraggeberin beauftragt die Auftragnehmerin mit der Erbringung von Kommunikationsdienstleistungen (Konzeption und Durchführung) für das Bundesministerium für Gesundheit.

## **§ 3**

### **Zusammenarbeit**

- (1) Die Auftragnehmerin wird die Interessen der Auftraggeberin nach besten Kräften wahrnehmen.

Die Auftraggeberin ihrerseits wird im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit alle für die Leistungen der Auftragnehmerin wesentlichen Daten zur streng vertraulichen Behandlung zur Verfügung stellen. Dies entbindet die Auftragnehmerin nicht von einer umfangreichen Eigenrecherche.

- (2) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Auftraggeberin über Aufträge, die sie im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens übernehmen will, unverzüglich und unaufgefordert zu unterrichten, dies gilt insbesondere im Hinblick auf durchzuführende Kampagnen. Die Auftraggeberin wird über die ihr dabei bekannt werdenden Informationen Verschwiegenheit bewahren.
- (3) Die Auftragnehmerin wird, wenn es die Auftraggeberin für erforderlich hält, Personal, das die vertraglich vereinbarten Leistungen für die Auftraggeberin erbringt, nicht für die Erbringung von Leistungen bei Dritten einsetzen. Die Auftraggeberin teilt der Auftragnehmerin schriftlich mit, für welche Leistungen bei Dritten sie die personelle Trennung für erforderlich hält.

#### **§ 4**

##### **Leistungsabruf / Leistungserbringung**

- (1) Die Leistungen werden einzelauftragsbezogen von der Auftraggeberin bei der Auftragnehmerin abgerufen.
- (2) Für den Abruf dieser Leistungen gilt folgendes Verfahren:
  1. Vorlage eines Leistungskonzepts in Abstimmung mit der Auftraggeberin und eines Kostenvoranschlags durch die Auftragnehmerin.
  2. Freigabe des Kostenvoranschlags durch die Auftraggeberin.
  3. Erbringung der von der Auftraggeberin gebilligten Leistungen durch die Auftragnehmerin.
  4. Abnahme des Arbeitsergebnisses durch die Auftraggeberin.
- (3) Leistungskonzepte und Kostenvoranschläge können auch mittels E-Mail vorgelegt werden. Die Auftragnehmerin darf mit den Tätigkeiten erst beginnen, wenn der betreffende Kostenvoranschlag von der Auftraggeberin freigegeben wurde. Die Freigabe erfolgt durch einen entsprechenden Sichtvermerk auf dem Kostenvoranschlag.
- (4) Die von der Auftraggeberin vorgelegten Kostenvoranschläge müssen
  - die Leistungsart,

- die Fremdleistungen mit Nennung der ausführenden Unternehmen oder Personen,
- den inhaltlichen Umfang,
- die Einzelbeträge der geplanten Leistungen (inklusive Fremdleistungen) sowie den Gesamtbetrag,
- den voraussichtlichen Zeitraum der Leistungserbringung bis zur Fertigstellung nach Freigabe des Kostenvoranschlags,
- eine Übersicht mit Zeitangaben zu ggf. notwendigen Freigabeentscheidungen im Laufe der Leistungserbringung und
- die Benennung der projektverantwortlichen Person,

beinhalten.

- (5) Kostenvoranschläge weisen Brutto-Beträge und die jeweils anzuwendenden Steuersätze aus.
- (6) Aufträge an Dritte (Fremdleistungen) vergibt die Auftragnehmerin im eigenen Namen und für eigene Rechnung.

## **§ 5**

### **Budgetkontrolle**

- (1) Der Auftragnehmerin obliegt die Pflicht der Budgetkontrolle.
- (2) Die Auftragnehmerin unterrichtet die Auftraggeberin unverzüglich über absehbare Kostensteigerungen und unterbreitet Handlungsvorschläge zur Budgeteinhaltung.
- (3) Sind die Kostensteigerungen unabweisbar und übersteigen sie das mit dem freigegebenen Kostenvoranschlag gebilligte Budget, legt die Auftragnehmerin der Auftraggeberin einen Ergänzungs-Kostenvoranschlag zur Freigabe vor. Für den Ergänzungs-Kostenvoranschlag gelten die Absätze 2 bis 6 des § 4 analog.

## **§ 6**

### **Vergütung**

- (1) Die Vergütung wird nach Ablieferung und Abnahme der abgerufenen (Einzel-) Leistung, Erfüllung aller vertraglichen Pflichten der Auftragnehmerin und abschließender Rechnungsstellung fällig. Mit der jeweiligen Vergütung sind sämtliche Aufwendungen der Auftragnehmerin zur Erfüllung der abgerufenen Leistung abgegolten.
- (2) Über den gesamten Vertragszeitraum beträgt die Vergütung:

	Personentag EUR	Stundensatz EUR
a) Projektleitung / Senior Beratung	_____	_____
b) Projektmanagement (sofern nicht von a) wahrgenommen)	_____	_____
c) Projektorganisation (sofern nicht von a) oder b) wahrgenommen)	_____	_____
d) Redakteur	_____	_____
e) Grafiker	_____	_____
f) HTML / CSS – Entwickler	_____	_____
g) Interfacedesigner	_____	_____

Bei der Verrechnung des Tagessatzes werden begonnene Arbeitstage anteilmäßig berechnet.  
Die kleinste Verrechnungseinheit ist eine Stunde.

- (3) Die vereinbarten Sätze verstehen sich jeweils inklusive der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- (4) Für regelmäßig zu erbringende Leistungen ist die Vereinbarung eines monatlichen Honorars möglich.
- (5) Bei umfangreichen Projekten können pauschale Honorarsummen für die Agenturleistung vereinbart werden.
- (6) Für die Versteuerung ihrer/seiner Vergütung ist die Auftragnehmerin/ der Auftragnehmer selbst verantwortlich.
- (7) Kosten für Reisen zum Berliner Dienstsitz der Auftraggeberin im Rahmen der normalen Betreuung werden nicht berechnet. Sonstige Reisekosten, z.B. für Reisen auf besonderen Wunsch der Auftraggeberin, werden mit der Auftraggeberin vor Antritt abgestimmt und entsprechend den Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes der Auftraggeberin gegen Beleg in Rechnung gestellt.
- (8) Fremdkosten
  - a) Der Auftragnehmerin werden die Fremdkosten gegen Belegnachweis erstattet, sofern sie in den Kostenvoranschlägen freigegeben wurden (§ 4).

- b) Soweit Fremdleistungen durch Eigenbelege nachgewiesen werden, sind diesen Nachweisen die Stundenzettel beizufügen. Hierbei dürfen vereinbarte Preisobergrenzen nicht überschritten werden.
  - d) Zahlungen der Auftragnehmerin an die Künstlersozialkasse (KSK) für künstlerische Fremdleistungen werden der Auftraggeberin netto in Rechnung gestellt.
- (9) Vergütung und Rechnungslegung bei Mediaschaltungen sind in § 8 geregelt.

## **§ 7**

### **Zahlungen**

- (1) Die Auftragnehmerin rechnet die Leistungen auf der Grundlage des gebilligten Kostenvoranschlags nach Abnahme durch die Auftraggeberin (§ 4 Absatz 2 Nr. 4) ab.
- Die Zahlung des Rechnungsbetrags erfolgt innerhalb von zwei Wochen nach der Rechnungsstellung.
- (2) Teilzahlungen werden grundsätzlich nicht geleistet. Ausnahmen bilden Projekte, die mehr als drei Monate bis zum Abschluss benötigen. Hierbei kann die Auftragnehmerin von der Auftraggeberin für in sich abgeschlossene Teile des (Einzel-) Leistungsabrufs Abschlagszahlungen für die erbrachten vertragsmäßigen Leistungen verlangen. In diesem Fall erstellt die Auftragnehmerin eine Übersicht der erbrachten Leistungen und legt diese mit der Rechnungslegung der Auftraggeberin vor. § 640 BGB bleibt unberührt.
- (3) Die Rechnungen sind den jeweiligen freigegebenen Kostenvoranschlägen zuzuordnen, detailliert und übersichtlich aufzustellen sowie mit nachprüfbaren Belegen für eigene und – wenn zutreffend – Leistungen Dritter einzureichen, um Art und Umfang der erbrachten Leistungen gem. § 15 Abs. 1 Nr. 1 VOL/B nachweisen zu können.
- (4) Alle Rechnungen der Auftragnehmerin verstehen sich zusätzlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Mehrwertsteuern, die in Rechnungen Dritter enthalten sind, werden nicht erstattet. Diese sind im Wege des Vorsteuerabzuges geltend zu machen. Diese Regelung gilt auch für die in Reisekosten enthaltenen Umsatzanteile.

Soweit Skonti von Verlagen, Zulieferern u.ä. gewährt werden, sind sie in Anspruch zu nehmen und der Auftraggeberin gutzuschreiben, das gilt auch für Vorauszahlungsskonti.

**§ 8**

**Mediaschaltungen**

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Carat GmbH einen Vertrag über die Koordinierung der Mediaschaltungen der Bundesregierung sowie über Konzernrabatte abgeschlossen (BPA-Rahmenvertrag). Bei Mediaschaltungen ist der BPA-Rahmenvertrag grundsätzlich zu nutzen.
- (2) Im Einvernehmen mit der Auftragnehmerin ist die Auftragnehmerin berechtigt, sich für die Abwicklung einer Media-Agentur außerhalb des BPA-Rahmenvertrags zu bedienen.
- (3) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich ferner zur Schaltung von Anzeigen u.ä. folgende Leistungen zu erbringen:
  - Ausnutzung aller Rabatt- und Skantomöglichkeiten.
  - Abschluss der Einschaltverträge bei Anzeigenschaltungen. Weisungen an und Verkehr mit den Medien (Verlage und andere Anbieter mit analogen sowie digitalen Angeboten für Werbeeinschaltungen) werden nur über die Auftragnehmerin abgewickelt.
  - Termingerechte Auslieferung der einschaltreifen Vorlagen und Werbemittel an die Werbeträger.
  - Überwachung der Auftragsabwicklung.
  - Abschluss und finanztechnische Abwicklung von Einzelverträgen mit den einzelnen Medien bzw. Werbeträgern im Namen der Auftraggeberin.
  - Meldung der erforderlichen Daten jeder Mediaschaltung über das Extranet der Rahmenvertragsagentur der Bundesregierung an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- (4) Bei Aufträgen an tarifgebundene Werbeträger garantiert die Auftragnehmerin die jeweils günstigsten Tarifbedingungen.
- (5) Die Auftragnehmerin wird auf die Werbedurchführenden dahingehend einwirken, dass der Auftraggeberin der Höchstnachlass eingeräumt wird. Sofern eine Mittlervergütung eingeräumt wird, ist diese in vollem Umfang an die Auftraggeberin weiterzuleiten.
- (6) Ein Abschluss von Einzelverträgen mit den Medien erfolgt zu den für die Auftraggeberin günstigsten Bedingungen im Namen und für Rechnung der Auftraggeberin entsprechend den Tarif- und Geschäftsbedingungen der Medien. Hiervon sind alle Aufträge ausgenommen, die nicht der Mediaeinschaltung dienen.
- (7) Soweit ein Wechsel der Agentur erfolgt, die den Konzernrabatt für die Bundesregierung abwickelt, informiert die Auftraggeberin unverzüglich die Auftragnehmerin.

## § 9

### **Vergütung bei Mediaschaltungen**

- (1) Zahlungen an die Auftragnehmerin erfolgen, soweit nichts anderes vereinbart ist, im Rahmen dieses Vertrages.
- (2) Für die Media-Einschaltung leistet die Auftraggeberin jeweils eine Vorauszahlung von 100 Prozent auf die jeweilige Auftragssumme, es sei denn, die Auftragnehmerin verzichtet im Einzelfall auf eine Vorauszahlung. Damit Vorauszahlungsskonto in Anspruch genommen werden kann, muss der Auftraggeberin rechtzeitig (vier Werktage vorher) eine Rechnung durch die Auftragnehmerin für die Einschaltungen in den jeweiligen Medien zugegangen sein. Die Schlusszahlungen erfolgen nach Vorlage der Schlussrechnung mit den entsprechenden Belegen. Die Auftragnehmerin stellt der Auftraggeberin für Mediaschaltungen Bankbürgschaften in Höhe der einzelnen Vorauszahlungen zur Verfügung. Die Bürgschaften werden mit der jeweiligen Endabrechnung durch Rückgabe aufgelöst. Die Kosten der Bankbürgschaften trägt die Auftraggeberin.

Alternativ hierzu kann die Auftraggeberin auch die jeweiligen Vorauszahlungen auf ein Konto der Auftragnehmerin oder Notar-Anderkonto überweisen, wenn sichergestellt ist, dass die eingehenden Beträge unmittelbar an die entsprechenden Verlage weitergeleitet werden und die Auftragnehmerin keinen Zugriff auf diese Beträge nimmt.

- (3) Vorauszahlungen im Rahmen von Mediaschaltungen umfassen nur die Fremdleistungen, nicht jedoch die Eigenleistungen der Auftragnehmerin. Die Eigenleistung der Auftragnehmerin wird gemäß § 6 der Auftraggeberin nach der erbrachten Medialeistung in Rechnung gestellt.

## § 10

### **Sonstige Leistungen der Auftraggeberin**

Die Auftraggeberin wird die erforderlichen, hausinternen Genehmigungen und Freigaben, wie z.B. Freigaben für erstellte Texte, die Beschaffung und Verwendung von Bildrechten, den optischen Aufbau der Medien u.ä. zügig einholen, damit der Arbeitsablauf der Auftragnehmerin nicht beeinträchtigt wird und die Auftragnehmerin in der Lage ist, die weiteren Arbeiten ohne Mehrkosten und Qualitätsrisiko zu erstellen.



## § 11

### Güteprüfungen und Berichte

- (1) Die Auftraggeberin ist berechtigt jederzeit Güteprüfungen gem. § 12 VOL / Teil B bei der Auftragnehmerin und allen von dieser zur Ausführung dieses Vertrages beauftragten Unterauftragnehmern durchzuführen. Die Auftragnehmerin hat die Unterauftragnehmer entsprechend vertraglich zu verpflichten.
- (2) Die Auftragnehmerin übergibt auf Wunsch der Auftraggeberin innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Besprechungen mit der Auftraggeberin Kontaktberichte (z.B. Besprechungsprotokolle, Ergebnisdokumentationen, etc.), die für die weitere Leistungserbringung verbindlich sind. Die Auftraggeberin bestätigt schriftlich oder per Mail den Erhalt.
- (3) Auf Anforderung der Auftraggeberin erstellt die Auftragnehmerin Projektberichte. Diese sind nach Abschluss von Einzelprojekten oder in Form eines jährlichen Projektberichts vorzulegen. Die Kosten für diese Berichte sind im jeweiligen Kostenvoranschlag auszuweisen.
- (4) Die Projektberichte zu den Einzelprojekten beinhalten folgende Aspekte:
  - Kostenvoranschläge
  - Kurzbericht zur Budgetsituation: Budgeteinhaltung, Unterschreitung oder Budgeterweiterung
  - Beschreibung der Ausgangssituation
  - Erläuterung der entwickelten Maßnahmen und deren Umsetzung
  - Beschreibung des Arbeitsergebnisses durch Soll-Ist Analysen oder andere objektive, mit der Auftraggeberin abgestimmte Erfolgs- oder Zielkriterien
  - die Bewertung/ Einschätzung der einzelnen Maßnahmen bezogen auf die Zielsetzung
  - Anlagenband mit relevanten Hintergrundfakten (z.B. Internetanalysen, Zugriffscode, Fotos, Clippings)
  - Soweit mit Bildern von Bildagenturen gearbeitet wurde, Informationen zum Anbieter, der Bildnummern(n) („IDs“) des Anbieters sowie zu den erworbenen Lizenzrechten.
  - Belegexemplare von produzierten Materialien.
- (5) Ein jährlicher Projektbericht ist spätestens bis zum 28. Februar des Folgejahres vorzulegen. Er beinhaltet eine Übersicht und eine zusammenfassende Gesamtanalyse aller abgeschlossenen Einzelprojekte und Handlungsempfehlungen, die Ergebnisse der Erfolgskontrolle sowie einen Bericht über noch laufende Projekte. Die Struktur des Berichtes zu den laufenden Projekten folgt der zu den Einzelprojekten. Einem jährlichen Projektbericht ist als Anlage ein

Datenträger mit den Finalfassungen aller entstandenen Arbeitsergebnisse/Werke, insbesondere die offenen Layout-Dateien einschließlich Bilddaten und Grafiken, beizufügen.

Darüber hinaus erfüllt der jährliche Projektbericht wenigstens folgende Anforderungen je freigegebenem Projekt:

- Beschreibung der Ausgangssituation
- Erläuterung der entwickelten Maßnahmen und deren Umsetzung
- Beschreibung des Arbeitsergebnisses durch Soll-IST Analysen oder andere objektive, mit der Auftraggeberin abgestimmte, Erfolgs- oder Zielkriterien
- **Anlage** mit einer Gesamtübersicht aller getätigten Anzeigenschaltungen, aus welcher hervorgeht:
  - wann jedes einzelne Medium belegt wurde (Tag, Zeitraum o.ä.)
  - welches Motiv in jedem Medium geschaltet wurde
  - welche Kosten je Medium angefallen sind (Rabatte und Bruttopreis)
  - welches Format gewählt wurde
  - Reichweite pro Motiv und insgesamt auf das Projekt bezogen

## § 12

### Urheber- und Nutzungsrechte

- (1) Die Auftragnehmerin räumt der Auftraggeberin das ausschließliche, räumlich und zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Recht ein, die von ihr im Rahmen des Vertrages geschaffenen Werke und gewährten Leistungen in unveränderter, bearbeiteter oder umgestalteter Form in sämtlichen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bekannten Nutzungsarten zu nutzen.

Dies umfasst auch die Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verwertung der unter diesem Vertrag gewährten Leistungen und erstellten Werke der Auftragnehmerin einschließlich aller denkbaren Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen und Gestaltungen und schließt das Recht zur (auch eingeschränkten) Weiterübertragung dieser Urhebernutzungsrechte an Institutionen des Bundes und im Rahmen der Medien- und Pressearbeit ein. Als ausführender Dienstleister erhält die Auftragnehmerin das Recht, die Werke für die Auftraggeberin im Rahmen des Vertrages zu nutzen.

- (2) Die Auftragnehmerin wird die im Rahmen dieses Vertrages an die Auftraggeberin gewährten Leistungen insbesondere sämtliche Ideen, Entwürfe und Gestaltungen nicht in gleicher oder abgeänderter Form für andere Auftraggeber verwenden.
- (3) Die Auftragnehmerin versichert, dass sie berechtigt ist, über sämtliche von ihr verwendeten Texte, Bilder, Skizzen und dergleichen zu verfügen und der Auftraggeberin die in diesem

Vertrag genannten Rechte einzuräumen. Die Auftragnehmerin versichert, dass durch diese Maßnahmen keine Rechte Dritter verletzt werden. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die bei der Wahrnehmung der übertragenen Rechte erhoben werden können. Sollte in besonderen Fällen diese Freistellung nicht möglich sein, dann ist die Auftraggeberin hiervon rechtzeitig vor Durchführung der betroffenen Maßnahme in Kenntnis zu setzen.

- (4) Die vorstehenden Absätze gelten für verwandte Schutzrechte entsprechend.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn der Vertrag beendet wird, bevor die Leistung erbracht ist, für den bereits fertig gestellten Teil.
- (6) Die vorstehende Rechtsübertragung ist mit den sonstigen Vergütungen an die Auftragnehmerin abgegolten.
- (7) Die Auftraggeberin ist berechtigt, über den öffentlichen Auftrag folgende Angaben bekannt zu geben:
  - Gegenstand des öffentlichen Auftrags,
  - Name der/des Auftragnehmerin/Auftragnehmers
  - Laufzeit des öffentlichen Auftrags,
  - Höhe der Vergütung.

### **§ 13**

#### **Vertraulichkeit**

- (1) Die Auftragnehmerin wird über die ihr bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit bewahren. Hierzu verpflichtet sie auch die bei der Herstellung des Werkes beschäftigten Mitarbeiter/innen sowie die nicht in einem Anstellungsverhältnis zu ihr stehenden Beauftragten.
- (2) Die Auftragnehmerin haftet für die Geheimhaltung durch ihre Mitarbeiter/innen. Verletzt die Auftragnehmerin oder einer ihrer Mitarbeiter/innen oder Erfüllungsgehilfen die Pflicht zur Geheimhaltung, so wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 25.000 € fällig (je Einzelfall), die die Auftragnehmerin an die Auftraggeberin zu zahlen hat. § 16 bleibt unberührt.
- (3) Die im Rahmen dieses Vertrages von der Auftragnehmerin eingesetzten Mitarbeiter sind darüber hinaus gemäß § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) zu verpflichten. Diese Verpflichtung erfolgt durch die Auftraggeberin mit der als Anlage (Anlagen-Nr. ....) beigefügten Verpflichtungserklärung.

- (4) Die Auftragnehmerin wird die ihr zur Ausführung dieses Vertrages zugänglich gemachten dienstlichen Schriftstücke, Zeichnungen und dergleichen einschließlich etwa gefertigter Abschriften, Ablichtungen oder anderer Vervielfältigungen gegen Kenntnisnahme durch Unbefugte sichern und sie bei Beendigung des Vertragsverhältnisses der Auftraggeberin aushändigen.
- (5) Veröffentlichungen über die im Rahmen des Vertrages gewonnenen Erkenntnisse bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Auftraggeberin.
- (6) Die Auftragnehmerin bestätigt, dass ihr die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bekannt sind und verpflichtet sich zu ihrer Einhaltung. Sie verpflichtet sich darüber hinaus, eine entsprechende Verpflichtungserklärung ihrer Mitarbeiter/innen spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit einzuholen und diese der Auftraggeberin auf Verlangen zuzuleiten.
- (7) Müssen der Auftragnehmerin zur Durchführung des Vertrages Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades "VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" zugänglich gemacht werden, so ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die Bestimmungen in dem "Merkblatt über die Behandlung von Verschlusssachen (VS) des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH" (Anlage.... VS-NfD-Merkblatt) zu beachten.
- (8) Für den Fall der Auftragsverarbeitung im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet sich die Auftragnehmerin zur Einhaltung und Unterzeichnung der in Anlage (Anlagen-Nr. 7) benannten Regelungen.
- (9) Sämtliche Verpflichtungen zur Wahrung des Datenschutzes und der Geheimhaltung bleiben auch nach Beendigung dieses Vertrages bestehen.

## **§ 14**

### **Sonstige Belange der Sicherheit**

Für die obersten Bundesbehörden sind die Bereiche Informations- und der Kommunikationstechnik als sensibel eingestuft. Daher ist es erforderlich, dass die von der Auftragnehmerin für die Ausführung der Leistungen vor Ort benannten Personen einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, die von der Auftraggeberin veranlasst wird. Sofern die Sicherheitsüberprüfung Anlass zu Zweifeln an der Zuverlässigkeit einer von der Auftragnehmerin vorgesehenen Person gibt, muss die Person von der Auftragnehmerin ausgetauscht werden.

## § 15

### Haftung

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die ihr übertragenen Aufgaben mit fachlicher und kaufmännischer Sorgfalt nach bestem Wissen und unter Beachtung der allgemein anerkannten Grundsätze des Public Relations- und Werbewesens durchzuführen. Wie bereits in der Ausschreibung gefordert, verpflichtet sie sich, die Ausführung des Auftrages nur unter strenger Beachtung des vom deutschen Presserat veröffentlichten "Pressekodex", der vom europäischen Dachverband CERP veröffentlichten "Berufethischen Grundsätze von Public Relation" und der vom deutschen Werberat veröffentlichten Grundregeln zur Kommunikation sicher zu stellen.
- (2) Soweit nicht anders in diesem Vertrag geregelt, darf die Auftraggeberin auf Grund dieses Vertrages Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden.
- (3) Die Haftung der Auftraggeberin gegenüber Dritten für Schäden aus der Durchführung dieses Vertrages, insbesondere auch aus der Verletzung von Patent-, Gebrauchsmuster-, Marken-, Urheber-, oder sonstigen Rechten zum Schutze des geistigen Eigentums an Erfindungen, Werken oder sonst wie geschützten körperlichen oder unkörperlichen Gegenständen ist ausgeschlossen. Wird die Auftraggeberin von Dritten für solche Schäden haftbar gemacht, so stellt die Auftragnehmerin sie frei.
- (4) Die Auftraggeberin stellt die Auftragnehmerin von Ansprüchen Dritter frei, wenn die Auftragnehmerin auf ausdrücklichen Wunsch der Auftraggeberin gehandelt hat, obwohl sie der Auftraggeberin ihre Bedenken im Hinblick auf die Zulässigkeit der Maßnahmen mitgeteilt hat.
- (5) Erachtet die Auftragnehmerin im Einvernehmen mit der Auftraggeberin für die durchzuführenden Maßnahmen eine wettbewerbsrechtliche Prüfung durch eine besonders sachkundige Person oder Institute für erforderlich, so trägt die Auftraggeberin nach vorheriger Rücksprache die Kosten.
- (6) Die von der Auftragnehmerin beauftragten Medien, Werbemittelhersteller, Marktforschungsunternehmen, Testinstitute und sonstige Dritte gelten nicht als Erfüllungsgehilfen der Auftragnehmerin, so dass die Auftragnehmerin nur für Auswahlverschulden haftet. Die Auftragnehmerin tritt hiermit Ansprüche aus zur Erfüllung dieses Vertrages geschlossenen oder genutzten Verträgen zwischen ihr und den vorgenannten Dritten an die Auftraggeberin ab.
- (7) Die Auftragnehmerin wird im Falle, dass die Auftraggeberin gegen Dritte Ansprüche geltend macht, alle Unterlagen, die vertragliche Ansprüche betreffen, an die Auftraggeberin

herausgeben und alle Auskünfte erteilen, die zur Geltendmachung von Ansprüchen erforderlich sind.

- (8) Wenn die Auftraggeberin Aufträge, Arbeiten, umfangreiche Planungen und dergleichen abbricht oder Aufträge ändert und dies von der Auftraggeberin zu vertreten ist, wird sie der Auftragnehmerin alle angefallenen Kosten ersetzen und sie von allen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten freistellen. Dies beinhaltet auch die damit zusammenhängenden Vorhaltekosten von Personal einschließlich damit zu zahlenden Abfindungen. Solange zur Geschäftsbesorgung kein Auftrag erteilt ist, entsteht diesbezüglich kein Anspruch der Auftragnehmerin.

## **§ 16**

### **Aufbewahrung**

Die Auftragnehmerin wird die im Rahmen dieses Vertrages erstellten Programmcodes, Reinzeichnungen, Filmkopien usw. zwei Jahre lang aufbewahren und anschließend der Auftraggeberin kostenfrei zur Verfügung stellen.

## **§ 17**

### **Unteraufträge**

- (1) Die Auftragnehmerin darf sich zur Erfüllung dieses Vertrages Dritter nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung (mittels einfacher E-Mail Form) bedienen.
- (2) Die Unterverträge mit Dritten müssen vor Abschluss der Auftraggeberin vorgelegt werden. Sie müssen sicherstellen, dass die Auftragnehmerin ihren Pflichten gegenüber der Auftraggeberin auch hinsichtlich der an die Dritten übertragenen Aufgaben uneingeschränkt nachkommen kann. Es gelten die Bestimmungen, die auch für den Hauptvertrag maßgebend sind.
- (3) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, bei der Vergabe von Unteraufträgen nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren und bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen. Bei Großaufträgen bemüht sich die Auftragnehmerin, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie sie es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann.
- (4) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, dem Unterauftragnehmer auf Verlangen die Auftraggeberin zu benennen und den Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren

Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen - zu stellen als zwischen der Auftragnehmerin und der Auftraggeberin vereinbart sind.

## **§ 18**

### **Laufzeit**

- (1) Dieser Vertrag tritt am 01.04.2020 in Kraft und endet am 31.03.2021.

Die Auftraggeberin erhält drei Verlängerungsoptionen:

- Sie kann den Vertrag zunächst bis zum 31.03.2022 verlängern. Dieses erste Optionsrecht kann die Auftraggeberin durch einseitige Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin bis zum 28.02.2021 ausüben.
- Sie kann den Vertrag erneut bis zum 31.03.2023 verlängern. Dieses zweite Optionsrecht kann die Auftraggeberin durch einseitige Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin bis zum 28.02.2022 ausüben
- Sie kann den Vertrag nochmals bis zum 31.03.2024 verlängern. Dieses dritte Optionsrecht kann die Auftraggeberin durch einseitige Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin bis zum 28.02.2023 ausüben

## **§ 19**

### **Kündigung**

- (1) Die Auftraggeberin und die Auftragnehmerin können den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Als wichtige Gründe kommen insbesondere in Betracht:

- erheblicher Dissens über Gestaltung und Durchführung des Auftrages, der eine weitere Zusammenarbeit unmöglich macht;
- Leistungsverzug von mehr als zwei Monaten.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

- (2) Wird aus einem wichtigen Grund gekündigt, den die Auftraggeberin zu vertreten hat, so behält die Auftragnehmerin den Anspruch auf die ganze Vergütung der ihr übertragenen Leistungen, jedoch unter Abzug dessen, was sie infolge der Auflösung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendungen ihrer Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.

- (3) Wird aus einem wichtigen Grund gekündigt, den die Auftragnehmerin zu vertreten hat, so steht ihr nur die anteilige Vergütung für die bis dahin erbrachten Leistungen zu, soweit diese Leistungen für die Auftraggeberin verwertbar sind und die Verwertung der Auftraggeberin zumutbar ist.
- (4) Wird aus wichtigem Grund gekündigt, den weder die Auftraggeberin noch die Auftragnehmerin zu vertreten hat, so steht der Auftragnehmerin die Vergütung für die bis zur Kündigung geleistete Arbeit zuzüglich der Aufwendungen zu, die ihr aufgrund dieses Vertragsverhältnisses erwachsen.
- (5) Die bis zum Kündigungszeitpunkt vorliegenden Arbeitsergebnisse einschließlich etwaiger Nutzungsrechte stehen der Auftraggeberin zu, soweit sie ihr aufgrund dieses Vertragsverhältnisses erwachsen.
- (6) Sonstige Kündigungsrechte sowie Rechte wegen Pflichtverletzung, einschließlich Sach- und Rechtsmangelrechte, bleiben unberührt.

## **§ 20**

### **Sonderkündigungsrecht**

Soweit die Auftraggeberin von einer anderen Zusammensetzung der Bundesregierung betroffen ist, erhält die Auftraggeberin ein Sonderkündigungsrecht mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten. Dieses kann nur innerhalb eines Monats nach Entstehen des Kündigungsgrundes ausgeübt werden. § 16 Absätze 4 und 5 finden entsprechende Anwendung.

## **§ 21**

### **Antikorruptionsklausel**

- (1) Die Vertragsparteien erklären ihren festen Willen, jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken. Insbesondere dürfen die Auftragnehmerin/ der Auftragnehmer oder seine beauftragten Beschäftigten der Auftraggeberin weder unmittelbar noch mittelbar Vorteile im Sinne der §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches anbieten, versprechen oder gewähren. Diese Verpflichtung gilt auch für Unterauftragnehmer.
- (2) Handelt die Auftragnehmerin/ der Auftragnehmer oder ein Unterauftragnehmer der Verpflichtung nach Absatz 1 zuwider oder war sie/ er an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache im Sinne des § 298 Strafgesetzbuch gegenüber der Auftraggeberin beteiligt, steht der Auftraggeberin ein besonderes Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht hinsichtlich aller zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge zu. Außerdem behält sich die



Auftraggeberin vor, Unternehmen bei entsprechenden Verstößen von zukünftigen Vergaben für eine bestimmte Zeit auszuschließen.

## § 22

### Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Jede Vereinbarung über die Aufhebung der Schriftform – ganz oder teilweise – bedarf stets der Schriftform.
- (2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen hiervon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine gültige Vereinbarung zu treffen, deren wirtschaftlicher Erfolg dem der unwirksamen so weit wie möglich entspricht.
- (3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist für beide Parteien Berlin.

....., den .....

.....

Berlin, den.....

Bundesministerium für Gesundheit

Im Auftrag

---

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

- Auftragnehmerin -

---

- Auftraggeberin -